



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

L.: Die vierte Woche des Preußischen Landtags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die vierte Woche des Preussischen Landtags.

In dieser Woche hat sich eine Reihe bemerkenswerther Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über wichtigere Angelegenheiten zusammengedrängt. Gleich der Montag brachte die schon in vorhergehender Woche angekündigte Besprechung der Sozialisten-Verordnung. Der Vorschrift des Sozialistengesetzes, daß die Reichenschaft über seine Ausführung dem Reichstage zu geben sei, lag die Absicht zu Grunde, zur Vermeidung sich widersprechender Beschlüsse die Konkurrenz der Landesvertretungen in dieser Beziehung zu vermeiden. Gleichwohl erschien eine Erörterung der die theilweise Verhängung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Umgegend aussprechenden Verordnung des Staatsministeriums vom 28. November angemessen, jedoch nur, damit sich aus regierungsseitigen Erklärungen entnehmen lasse, ob den geglaubten Gerüchten über neue drohend gewesene staatsverbrecherische Vorgänge etwas zu Grunde gelegen habe. Hatten wirklich über Berlin Bomben wie neulich zu Florenz in der Luft geschwebt, und waren durch Umsicht der Behörden Gefahren beseitigt, an deren Abgrund das Publikum ahnungslos gewandelt, so würde dieses die Verordnung doppelt gerechtfertigt gehalten haben; jedenfalls schien es, nach Lage der Dinge, einen Anspruch zu haben, anstatt in acht Wochen durch den Reichstag, schon jetzt durch Vermittelung des Landtags über etwa weitere Fortschritte des Uebels aufgeklärt zu werden. Die Debatten vom 9. Dezember haben über diesen Punkt Beruhigung gebracht.

Nach den Erklärungen, welche bei weiterer Berathung des Etats des Ministeriums des Innern Graf Eulenburg auf Anregung Virchow's gab, stand fest, daß nicht gerade ein solch' schwebendes Schreckniß die Verordnung veranlaßt hat. Der präzise, korrekte und elegante Vortrag des Ministers bewies, daß der Grund nur in der schweren Verantwortlichkeit lag, in welcher sich die Regierung im Hinblick auf den ganzen Stand der Sozialistenfrage nach begonnener Ausführung des Reichsgesetzes und nach traurigen Vorgängen in anderen Ländern, zumal bei der bevorstehenden Rückkehr des Kaisers befand. Diese allgemeinen Gründe, verstärkt durch die in Berlin begonnene geheime Neuorganisation der Sozialdemokraten, schien denn auch so einleuchtend, daß Virchow alsbald gestand, er würde in gleicher Lage ebenso gehandelt haben. Mit jener Eröffnung hätte daher füglich die Sache beendet sein können. Das war aber durchaus nicht die Absicht der Fortschrittspartei. Es hieße auch eine Verleugnung ihres ganzen Wesens, wenn sie solche Gelegenheit, ohne sachlichen Nutzen nach allen Seiten hin Malicen zu sagen, hätte vorbeigehen lassen. Sie sandte ihre drei größten Helden vor: außer Virchow noch Richter und Hänel.

Vermochte ersterer dem Minister nichts direkt anzuhaben, so suchte er ihm wenigstens durch heftige Anklage gegen dessen Oheim und Vorgänger empfindlich beizukommen. Richtig ist, daß die skandalösen Aufzüge der Berliner Sozialdemokraten, gegen welche die Polizei nicht einschritt, unter des letzteren Amtsführung fielen; es war aber ein starkes Stück, diesem vorzuwerfen, solcher Art die Sozialdemokratie großgezogen zu haben. Ganz richtig wies Graf Bethusy darauf hin, daß damals und überhaupt seit langer Zeit die Fortschrittler über Uebergriffe der Polizei geklagt. Er hätte auch geradezu sagen können, daß letztere eben dadurch kopfscheu geworden war. Vor allem aber hätte vom Minister, welcher den Angriff auf seinen Oheim ruhig hinnahm, erwidert werden können, daß gerade dieser als der Erste am eindringlichsten vor der Sozialdemokratie gewarnt hat. Es geschah dies am 28. Januar 1876 im Reichstage bei Berathung der Strafgesetznovelle; die Bestimmung des § 130 war ganz besonders auf die Sozialdemokraten gemünzt, der Reichstag war aber blind gegen die Gefahr, so lebhaft sie Gulenburg auch schilderte, und verwarf den Artikel, den er unbedingt für Kautschuk hielt. Der Grund, warum Birchow den Spieß umdrehte, zeigte sich bald: er kann es dem vorigen Minister des Innern nicht vergessen, daß derselbe die Gefährlichkeit des wüsten Nörgelsystems der Fortschrittler richtig erkannt, so bezeichnet und als die Vorfrucht jenes Nebels bekämpft hatte. Nun höhnt der Professor diese Bekämpfung, durch welche nur Schlimmeres bewirkt sei. Auch die „schlechte Politik“ des Kanzlers soll, nach Birchow, die Sozialdemokratie verschuldet haben. Hierauf wurde ihm jedoch eine Antwort zu Theil, die ihm schon bei vielen früheren Anlässen hätte gegeben werden sollen: er kann es eben, bemerkte Bethusy treffend, noch immer nicht verwinden, daß Bismarck die Einheit Deutschland's nicht nach der Façon des Fortschritts, sondern auf die einzig mögliche Art bewirkt hat. Bei seiner ferneren umständlichen Wiederholung der zur Genüge im Reichstag besprochenen Gesichtspunkte suchte Birchow die Nationalliberalen durch die gesuchtesten Spitzfindigkeiten zu reizen. Welche Verwirrung kann der Mann ferner im Lande anrichten durch die Insinuation, daß der Minister kein Material habe, um die Ausgewiesenen der Billigung des Königmords zu zeihen! Als ob je solch' direkter Zusammenhang behauptet wäre! Welche Ermuthigung endlich für die Sozialdemokraten, das Mitleid für sich angeregt zu sehen durch die Insinuation, daß man sie härter als die Jesuiten behandle und erst von einem Orte zum andern hegen werde, bevor man sie aus dem Lande jage. Die Häupter, welche den Sozialdemokraten in Berlin verloren gingen, scheinen ihnen durch diesen Protektor wieder etwas ersetzt.

Indem wir uns mit Widerwillen von diesem Bilde abwenden, sehen wir auf der Tribüne Herrn von Ludwig erscheinen. Derselbe, ein wunderbares

Mixtum von Fortschritt, Zentrum und Komik, trieb das Reden von Mostria auf die Spitze, gefiel sich in so barocken Wendungen, daß uns der Wunsch beschlich, die Photographien seiner Wähler zu sehen, und wurde durch den Unwillen des Hauses fortwährend, vom Präsidenten nur bei eingehender Darstellung der Politik Cavour's unterbrochen, konnte auch nicht begreifen, warum der Präsident seine Bemerkung mißbilligte, die preussischen Prinzen seien mal in Breslau als Hunde bezeichnet. Mit Virchow den Grund der Sozialdemokratie in der Politik Bismarck's sehend, verhöhnzte Redner schließlich sich selbst durch die Behauptung, daß die Schuld auch an den endlosen Kammerreden liege.

Die Verhandlung stand auf der vollen Höhe der Parteienverhezung, als Richter unter vielfacher Zustimmung die Rede von Ludwig's für eine so schlimme Erregung des Klassenhasses erklärte, wie sie bei Sozialdemokraten üblich. Er selbst schien zu meinen, Gleiches dadurch zu vermeiden, daß er die Verordnung als Beweis für die Wirkungslosigkeit des Sozialistengesetzes bezeichnete. Bei Richter kann man sich schon längst über nichts mehr wundern; immerhin aber werden wir durch die Dreistigkeit seiner jetzigen Behauptung frappirt, daß der glänzende Empfang des zurückkehrenden Kaisers das Werk der Fortschrittspartei sei. Am Ende ist dieselbe noch die loyalste! Sie ist vielleicht loyaler als die Regierung, denn nach Richter hat gerade die Verordnung Handel und Verkehr heunruhigt. Es war doch wirklich viel zu gutmütig, daß Bethusy die Fortschrittler als die Kraft bezeichnete, die stets das Gute will und stets das Böse schafft. Hänel trat mit seinem Verlangen nach Angabe bestimmter, die Verordnung rechtfertigender Thatfachen, die doch nur vor den Reichstag gehören, ganz aus dem Rahmen der hier zulässigen Erörterung und verging sich im Uebrigen in einer unklaren und widerspruchsvollen Schilderung seiner eigenen Partei bis auf den römischen König Tarquinius hinab. v. Rauchhaupt bedauerte zwar, daß die Debatte die Gegensätze der Parteien verschärft, trug aber doch selbst etwas dazu bei, indem er die Hinüberziehung der sozialdemokratischen Wähler in das eigene Lager als Zweck des jetzigen Vorgehens der Fortschrittler angab. Endlich konstatirte Vasker das Ergebnis der ganzen Debatte ganz richtig dahin, daß man ihre Ueberflüssigkeit nun allgemein einsehen werde, nachdem Partei gegen Partei die Gelegenheit benützt, sich soviel wie möglich wechselseitig in der öffentlichen Meinung zu schaden.

Einmal auf unfruchtbarem Boden, erlebte das Haus am 9. Dezember auch noch etwas Kulturkampf, der sich, wie jene Debatte, unter der Firma des Stats des Ministeriums des Innern abspielte. Bachem beschwerte sich in einstündiger Rede über Schwierigkeiten, welche die Katholiken jetzt fänden, um zu höheren Aemtern zu gelangen. Minister Eulenburg leugnete entschieden eine Parteilichkeit und deutete an, daß die Anstellung von den Katholiken weniger

genehmen Beamten nöthig werde, weil diese den loyal die Gesetze befolgenden Beamten die gesellschaftliche Stellung zu erschweren pflegten. Aus dieser Kundgebung scheint zum ersten Mal hervorzugehen, daß der neue Minister auf dem Boden der bisherigen Kirchenpolitik steht.

Dem Parteihader folgte am 10. Dezember eine kurze Erfrischung durch die erste Berathung des Kommunalsteuer-Gesetzentwurfs. Es zeigte sich dabei wieder, daß die ersten Berathungen von Vorlagen, deren Verweisung an eine Kommission zweifellos ist, eingeschränkt werden könnten, denn eine Besprechung der verschiedenen Gesichtspunkte, wie sie hier Löwe vornahm, schließt erfahrungsmäßig eine Wiederholung auch nach der Kommissionsprüfung nicht aus, sodaß Dasselbe meist zweimal vorgetragen wird.

Die Freude an einer geschäftlichen Debatte dauerte jedoch nicht lange; der 11. Dezember brachte ein neues Schauspiel, dem man mit Unwillen entgegensehen mußte, das wir aber nun, wo es abge spielt, nicht missen möchten. Kaum hatte der König die Regierung wieder übernommen, so nahm das Zentrum mit erneutem Eifer die Versuche zur Redressirung der kirchenpolitischen Gesetze wieder auf. Es rechnete dabei ganz augenscheinlich auf den in Folge der Attentate und der Sozialistengefahr sowohl im Mai dieses Jahres als auch am 5. und 6. dieses Monats hervorgetretenen Wunsch des Königs, daß das Volk sich der Religion wieder mehr zuwenden möge. Die hierauf gebauten Hoffnungen evangelisch Orthodoxer und Ultramontaner datiren schon seit Herbst 1876, wo der König am Rhein sich über die Schulverhältnisse geäußert. Allen den Gerüchten über bevorstehende Reaktion, welche nach dem ersten Attentate herrschten, schien allerdings wenigstens in Hinsicht auf Tendenzen des evangelischen Kirchenregiments etwas zu Grunde zu liegen. War endlich doch auch das damalige Entlassungsgesuch Falk's nur in Folge des Regierungswechsels hinfällig geworden. So begreift es sich, daß das Zentrum gleichzeitig mit dem Gerüchte einer Erneuerung dieses Gesuchs die Zeit für einen neuen Vorstoß gegen die bisherige Kirchenpolitik der Regierung gekommen glaubte. Der zunächst eingebrachte Antrag auf Herstellung der Artikel 15, 16, 18 der Verfassung und der bald folgende Antrag auf theilweise Sistirung des Ordensgesetzes bilden ein Ganzes. Durch ersteren wurde den Verhandlungen der Regierung mit Rom vorgegriffen. Die Feindseligkeit der Ultramontanen konnte gegenwärtig keinen stärkeren Ausdruck finden, als durch die Zumuthung der Herstellung eines Zustandes, dessen Beseitigung durch das Gesetz vom 18. Juni 1875 dem Staate erst völlig die Bahn zu einer seiner würdigen Selbstbestimmung der Grenzen gegen das kirchliche Gebiet eröffnet hatte und die Hauptstütze seiner bis dahin siegreich behaupteten Stellung bildete.

Aus Bedenken, die in letzter Stunde gekommen, stellte das Zentrum plötzlich

Sondirens halber den Antrag wegen des Ordensgesetzes voran. Hierbei ließ sich der eigentliche Zweck vorerst noch verdecken durch den Schein, im Interesse der Menschlichkeit aufzutreten und Mäßigung zu affectiren. Wollte man doch nur, daß die Auflösbarkeit der am 1. dieses Monats noch bestehenden Ordensniederlassungen, welche sich mit Unterricht und Erziehung der Jugend beschäftigen, sistirt werden solle. Das konnte so harmlos und wohlgemeint aussehen und war doch so stark auf die angeblich an höchster Stelle herrschende Tendenz berechnet. Bachem entwarf ein höchst trauriges Bild eines durch das Ordensgesetz angeblich angerichteten Glends. Er suchte das Mitleid zu erregen für die armen „vertriebenen“ Ordensfrauen und für die durch Beschaffung von Ersatz für die Klosterschulen vorgeblich schwer geschädigten Gemeinden. Zur Illustrirung mußte eine Anzahl unverbürgter großer Zahlen dienen und zur Krönung der Diabolik wurde der Antrag gar als einer der ersten positiven Schritte zur Heilung des sozialdemokratischen Uebels dargestellt.

Da ergriff Minister Falk mit völliger Ruhe und in sichtlichem Gefühle größter Sicherheit das zum Sprung ansetzende Ungeheuer bei den Hörnern, riß ihm unbarmherzig die heuchlerische Maske ab und warf es rücklings zu Boden. Er zerriß den gegnerischen Kriegsplan, indem er den eigentlichen Zweck des Zentrums in den Vordergrund stellte und die Feindseligkeit des Vorgehens in ihrer ganzen Bedeutung scharf beleuchtete. Man glaubte den personifizirten Staat zu vernehmen, als Falk unter dem Frohlocken der aufathmenden Freunde der bisherigen Entwicklung und unter den leidenschaftlichen Zwischenrufen der grausam enttäuschten Angreifer die Unabänderlichkeit der staatlichen Stellung betreffs des Prinzips, unter Anlehnung an das Schreiben des Kronprinzen an den Papst, so bestimmt proklamirte, daß man auch für alle Zukunft scheint beruhigt sein zu können. Nach Falk's Andeutungen scheint übrigens der Papst bei aller Friedfertigkeit sich noch nicht entschließen zu können, dem staatlichen Standpunkte Rechnung zu tragen. Nicht am geringsten wurde das Zentrum auch durch die Erklärung frappirt, daß es auf dem Gebiete der Schule nichts zu hoffen habe.

Hiermit war eigentlich der Antrag und der weitere klerikale Feldzug hinfällig geworden. Unter dem tiefen Eindruck jener Rede verhallten treffliche Ausführungen von Richter-Sangerhausen völlig und die Versuche Windthorst's, durch neue Angriffe auf Falk, durch sophistische Auslegung jenes kronprinzlichen Schreibens und durch unvorsichtig übertriebene Klagen über die Lage der Katholiken das Gegengewicht zu halten, scheiterten völlig. Gegen das Gewicht von Falk's Rede konnte nichts aufkommen und weitere Debatten wurden durch die schroffe Form der einfachen Tagesordnung abgeschnitten. Die Fortsetzung jener Etatsberathung brachte am 12. Dezember ein Nachspiel, indem Sybel

die dem deutschen Verein der Rheinprovinz angehörenden Beamten gegen Vorwürfe Bachem's in Schutz nahm, wobei er durch den Vorhalt der vielen Fleischesvergehen katholischer Geistlichen die Klerikalen empfindlich reizte.

Am 13. und 14. Dezember wurde bei Berathung des Etats des Innern eine gar bunt schillernde Menge von Beschwerden gegen die Verwaltung erhoben. Ihre Beantwortung durch Eulenburg machte fast durchgängig guten Eindruck; man gewann immer von neuem die Anschauung, daß der Minister neben großer Festigkeit von den ehrlichsten Absichten erfüllt ist. Die bedeutendste Klage war die hinsichtlich der Einwirkung der Landräthe auf die Wahlen, hier war aber die Erklärung des Ministers unbefriedigend. Er will nur die Ausschreitungen der Landräthe verfolgen, erklärte aber eine Unterstützung der Regierung durch dieselben für wünschenswerth. Angesichts der großen Beutel von Nachweisen über Mißbräuche der Landräthe bei den letzten Wahlen, welche Richter, Richter und Miquel ausschütteten, erscheint die fernere Statthastigkeit einer solchen Unterstützung sehr bedenklich, ja die Landräthe werden nunmehr sich geradezu aufgefordert fühlen, bei den Wahlen im nächsten Sommer einzuwirken. Die Insinuationen Richter's, als ob Eulenburg die Verwaltungsreform nicht fortzuführen wünsche, stellten sich als irrig heraus, wenngleich der Minister seine Ziele in dieser Beziehung noch nicht näher andeutete. Köstell's Rede ließ am 14. Dezember nochmals die Mißstände ungenügenden Einschreitens gegen die bei den Wahlen übereifrigen Landräthe hervortreten; die sich hieran knüpfende Debatte sowie die über die Klagen von Heeremann's wegen des zerstörenden Einflusses des Kulturkampfes auf die Verwaltung der westlichen Provinzen verlor sich jedoch in Einzelheiten. Der bedeutenden Mehrforderung für Verstärkung der Sicherheitsmannschaft Berlin's suchten fortschrittliche Berliner Abgeordnete durch das Verlangen nach Reorganisation der Berliner Polizeiverwaltung Schwierigkeiten zu bereiten, das Haus zog aber, unter Genehmigung des Betrags, vor, den Minister hierzu nur aufzufordern. Bei dem großen Zeitverbrauche endete die Woche, ohne daß der Etat des Innern erledigt ist.

Berlin, den 15. Dezember 1878. L.